Hamburger Abendblatt

Adresse dieses Artikels: http://www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-mitte/article205389359/Kollektives-Zentrum-Erst-besichtigt-dann-beschwichtigt.html

HAMMERBROOK 16.06.15

Kollektives Zentrum: Erst besichtigt, dann beschwichtigt

Diese KoZe-Aktivisten schauen der Begehung von oben zu Foto: André Zand-Vakili

Das Kollektive Zentrum in Hammerbrook hat seine Türen für Vertreter von Behörden und Investor geöffnet. Wie es weitergeht, ist offen.

Hammerbrook. Es waren skurrile Szenen, die sich am Montagmorgen am **Kollektiven Zentrum (KoZe)** an der Norderstraße im Münzviertel abspielten. Behördenmitarbeiter, Sachverständige, Mitarbeiter von Vattenfall und der Investor durften nur in persönlicher Begleitung in die gesicherte ehemalige Kita. Nutzer und Sympathisanten hatte sich zum Empfang teilweise maskiert oder vermummt und begleiteten die Begehung mit Sprechchören und Konfetti. Danach waren die Meinungen geteilt.

Während man sich auf Seiten der KoZe "auf einem guten Weg" sieht, glaubt der Vertreter des Investors HBK nicht an eine friedliche Lösung, an deren Ende der Bau von Wohnungen auf dem Gelände steht.

Um 9.21 Uhr war der Delegation, angeführt von zwei Mitarbeitern der Finanzbehörde, Zutritt auf das Gelände gewährt worden. Vorher hatte man vor der Tür mit einem Anwalt im Beisein einer vermummten KoZe-Aktivistin Vistenkarten und Freundlichkeiten ausgetauscht. Erst danach ging es durch das ansonsten verschlossene Eisentor in das "offene kulturelle, politische und soziale Zentrum", wie die Nutzer des KoZe die Räumlichkeiten mittlerweile bezeichnen. Während der Begehung drangen Sprechchöre aus dem Gebäude. "Kein Tag ohne kollektives Zentrum" war unter anderem zu hören. Dabei wurde auch mit Konfetti und Luftschlangen geworfen, wie einer der Beteiligten später sagte.

Die Wahrnehmung der Begehung ist so verschieden wie die Beteiligten. Der vermummte KoZe-Vertreter mit Pumuckl-Perücke, der seinen Namen nicht nennen möchte und sich auf kollektive Entscheidungen beruft, sieht sich und die anderen Beteiligten aus der Szene als "ganz normale Nutzer", durch die es "kleine Überschreitungen beim Mietvertrag" gebe. Die beschreibt die Polizei in einem Dossier so: "So wurden abweichend vom Mietvertrag die beiden oberen Stockwerke der Kita mit in Beschlag genommen. Es wird auch offen über ein Übergreifen auf die Räume der Schule nachgedacht".

Die Nutzer, so sagt ihr Vertreter, hätten jetzt Angst, dass der bestehende, monatlich kündbare Vertrag über die Zwischennutzung aus "fadenscheinigen Gründen" gekündigt werde. Die Frage, ob man nach Ablauf des Vertrages das Gelände räume, beantwortete er ausweichend. Daniel Stricker, Sprecher der Finanzbehörde, sieht das Etappenziel erreicht. "Trotz allem hat die technische Begehung stattgefunden. Alles, was erforderlich war, hat stattgefunden." Den "Klamauk" vor Ort mochte er nicht kommentieren.

Zurückhaltender gab sich Dietrich von Stemm, Geschäftsführer der Hanseatischen BauKonzept, die rund 70 Millionen Euro dort investieren und Wohnungen bauen will. "Solange es nur um eine reine Zwischennutzung geht, ist das aus meiner Sicht gestaltbar", sagte er versöhnlich und ganz im Sinn der von allen Seiten beschworenen Deeskalierungslinie. Deshalb wollte er auch keine Stellungnahme zu der

Begehung abgeben. "Das wäre sehr schwer zum Ausdruck zu bringen, ohne jemandem zu nahe zu treten", so der Geschäftsführer. "Da wir uns alle vorgenommen haben, ruhiger zu bleiben, werde ich dazu nichts sagen." An die Fortführung des Wohnungsbauprojektes hat er klare Vorgaben. "Das geht nur mit der Klarheit, dass mit dem Abschluss der Zwischennutzung vertragsgemäß eine Räumung erfolgen muss", so von Stemm. "Offen gestanden, daran glaube ich nicht."

Damit ist er ganz auf der Linie der Polizei, deren Staatsschutzabteilung nicht an eine freiwillige Beendigung der Nutzung glaubt, sondern Proteste und Anschläge befürchtet. Finanzbehördensprecher Stricker: "Priorität hat, dass dort 400 Wohnungen gebaut werden."